

Kommentar

Keine Kürzung der Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland!

Am 1. September* wird entschieden, in welchem Umfang die ostdeutschen Länder auf Bundesmittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) verzichten müssen. Auch wenn die vom Bund beabsichtigten Kürzungen tatsächlich nur Mittel betreffen sollten, die nach der Bewilligung aufgrund einer Verzögerung oder eines Scheiterns des Investitionsprojektes wieder frei geworden sind, ist damit insgesamt eine Senkung des Fördervolumens verbunden. Denn diese nicht in Anspruch genommenen Fördermittel werden bislang von den Ländern i.d.R. an neue Investoren wieder ausgereicht.

Aus ökonomischer Perspektive ist der Konflikt um eine Reduktion der GA-Mittel vor allem aus zwei Gründen zu kritisieren: Erstens führt schon die Diskussion um eine Kürzung von Fördermitteln zu einer Verunsicherung potentieller Investoren. Investitions- und Standortentscheidungen werden langfristig geplant, und es ist eine ökonomische Binsenweisheit, daß Unsicherheit und nicht-antizipierte Änderungen der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen einen negativen Einfluß auf Investitionsentscheidungen ausüben. Gerade auf diesen Aspekt – Investoren eine Erwartungsbildung über einen Zeitraum von mehreren Jahre zu ermöglichen – hat die Bundesregierung mit ihrem kürzlich beschlossenen, bis zum Jahr 2004 angelegten Förderkonzept für Ostdeutschland besonders großen Wert gelegt. Insofern ist es als problematisch zu bewerten, daß diese Zielsetzung nur wenige Wochen später bei der GA-Förderung von kurzfristigen haushaltspolitischen Motiven überlagert wird.

Der zweite Kritikpunkt liegt in der Tatsache begründet, daß die Gemeinschaftsaufgabe nach wie vor das zentrale Instrument zur Förderung von Industrieinvestitionen in Ostdeutschland ist. Bekanntermaßen ist die ostdeutsche Wirtschaft aber immer noch durch ein gravierendes Defizit im Bereich der industriellen Produktion gekennzeichnet. Gleichzeitig stellt die Förderung für international mobile Industrieunternehmen, die bei ihrer Standortwahl zwischen mehreren Regionen wählen können, den wichtigsten Anreiz für eine Standortentscheidung zugunsten Ostdeutschlands dar. Die Maßnahmen betreffen also gerade die Investoren, die die prioritäre Zielgruppe der Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland darstellen. Aus den genannten Argumenten folgt, daß die Kontroverse um die Höhe der finanziellen Mittel für die Regionalförderung so schnell wie möglich ausgeräumt werden muß.

Die gegenwärtige Debatte um Fördermittel für die Gemeinschaftsaufgabe birgt allerdings auch eine andere Gefahr: Fälschlicherweise wird der Eindruck geschürt, als ob das Schicksal Ostdeutschlands allein von der Höhe der Fördermittel abhängt, und die angestrebte Angleichung der Lebensverhältnisse gesichert werden kann, sofern die Mittelausstattung nur hoch genug ausfällt. Dem ist aber nicht so. Der wirtschaftliche Aufholprozeß Ostdeutschlands ist keineswegs nur von der Regionalförderung abhängig, sondern er wird von zahlreichen anderen Entwicklungsbedingungen beeinflusst, zu denen die Infrastrukturausstattung, die Entwicklung der Arbeitskosten, die Humankapitalausstattung, aber auch weiche Standortfaktoren, wie flexibles Verwaltungshandeln und eine aufgeschlossene Unternehmenskultur gehören. In dieser ganzen Breite muß die Standortqualität verbessert werden. Noch können sich aber die Standortbedingungen in Ostdeutschland nicht mit denjenigen in Westdeutschland messen. Der Aufbau einer modernen Infrastruktur im Osten ist nicht in kurzer Frist möglich, und er ist sehr kostenintensiv. Zum Teil schreiten Verfallsprozesse sogar weiter voran. Solange die Standortbedingungen in den ostdeutschen Regionen im Vergleich zu denjenigen in Westdeutschland noch relativ ungünstig sind, kann also auf zusätzliche Investitionsanreize für Unternehmen nicht verzichtet werden.

*Vera Dietrich
(die@iwh.uni-halle.de)*

* Dieser Kommentar wurde vor diesem Datum den Medien übergeben.